

Bayerische Arbeitsgemeinschaft für Bergbauernfragen

Protokoll der Sitzung vom Freitag, 07.04.2017 im Generalsekretariat des bayerischen Bauernverbandes in München

Teilnehmer:

Alfons Zeller - Präsident Arbeitsgemeinschaft, Georg Mair, stellv. Präsident Arbeitsgemeinschaft, MdL Angelika Schorer, MdL Dr. Leopold Herz, MdB Alexander Radwan, Wolfgang Wintzer, Anton Dippold, Birgit Graßl - alle StMELF; Matthias Borst, Martin Wunderlich, Anton Kreitmair, Andreas Puchner, Andreas Schalk - alle BBV; Josef Glatz, Jakob Müller, Michael Hinterstößer, Stefan Kloo, Franz Steindlmüller - alle AVO, Franz Hage, Max Kögel, Dr. Michael Honisch - alle AVA.

Top 1 Begrüßung

Präsident Alfons Zeller begrüßt die Anwesenden und berichtet von einer Reihe von Veranstaltungen im letzten Jahr, u.a. Berglandwirtschaftskonferenz in Garmisch und die Grünlandtagung in Berlin. Landwirtschaft sieht sich gesamtgesellschaftlich vielen Forderungen gegenüber ausgesetzt, solle aber „gute“ Nahrungsmittel produzieren bei billigsten Preisen.

Zeller lobt Stefan Kloo für seinen Brief an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zum Thema Wolf und das weitergehende Papier von Honisch zur aktuellen Sachlage. Zeller dankt dem Beschluss des Umweltausschusses im Landtag, auch wenn es auf Bundesebene weiterhin schwierig bleibt.

Auf dem Almwirtschaftstag in Vorarlberg wurde auf die Rolle der Almwirtschaft für den prosperierenden Tourismus hingewiesen. Themen sind vergleichbar wie in Bayern.

Agrarministerkonferenz: einige Länder fordern die Umschichtung der Direktzahlungen auf die 2. Säule, dies ist gefährlich (Abwanderung von Geldern in außerlandwirtschaftliche Bereiche, mehr Bürokratie). Zeller favorisiert Beibehaltung einer starken, einkommenswirksamen 1. Säule, denn Landwirtschaft, insbesondere Grünland, erfüllt eine Vielzahl positiver Leistungen, die über Cross-Compliance geprüft werden und bereits mit Greening-Auflagen verbunden sind. Diese Position wird auch vom Deutschen Grünland Verband unterstützt.

Top 2 Bericht der Verbände

Georg Mair: GAP war auf den Bezirksversammlungen wichtiges Thema. Gelder müssen gesichert werden. Die Förderung von Kleinbetrieben in der ersten Säule (Umverteilungsprämie) hat hohe Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Auch der Wolf spielte natürlich eine Rolle, „wir brauchen Herabsetzung des Schutzstatus und wolfsfreie Gebiete“.

Zeller bestätigt, die Idee, die 1. Hektare besser auszustatten, hat in der Politik bereits gut Fuß gefasst, auch Brunner hat sich dafür ausgesprochen.

Michael Honisch: letztes Jahr zahlreiche gut besuchte Veranstaltungen des AVA. Auch Alpviehbestoß war gut. Höhepunkt war Anerkennung des Allgäuer Sennalpkäses, beim Käsefestival Überreichung des EU-Logos durch Amtschef Hubert Bittlmayr. Fragebogen der EU-Kommission zur GAP: es ist zur Verteidigung der ersten Säule wichtig, die Öffentlichkeit auf die Allgemeinwohlleistungen des Grünlands (CO₂-Senke, Gewässerschutz...) hinzuweisen. Honisch spricht sich gegen

ergebnisorientierte Förderungen auf Alpen aus (Kontrollen, Sanktionsrisiken). Die Situation für die Ausgleichszulage auf österreichischen Flächen ist nach wie vor unbefriedigend. Andererseits gibt das AELF Kempten 1,3 Millionen € für österreichische Landwirte aus. Leider wurde letztes Jahr die De-Minimis-Grenze nicht angehoben. Beim Alpwegebau hat sich die Situation finanziell wieder gebessert. Tourismus: Ausbau des Rad-Verkehrswegenetzes trifft auch das Alpgebiet, Zunahmen von Konflikten sind wahrscheinlich. Tbc: die Situation ist jetzt klarer, seitdem der Landkreis sich jetzt zu einem Untersuchungskonzeptes bekannt hat. Wolf: ein Positionspapier wurde erstellt. Hierin wird u.a. die Übernahme von Kosten für den Herdenschutz gefordert, die volle, unverzügliche und unbürokratische Entschädigung, auch bei Verdachtsfällen (Beweislastumkehr).

Honisch dankt dem Bauernverband für seine Bemühungen beim Streit um die Düngeverordnung.

Zeller ergänzt: es gibt derzeit vom ALE nur Geld bei Neubau von Alpwegen, obwohl Sanierung billiger käme. Aber Neubau kommt dem Alpwegverband bei einem Fördersatz von derzeit 75 %, das ist schlecht für den Steuerzahler! Bei neuen Radwegen ist es absolut notwendig, dass Eigentümer aus der Haftung entlassen werden, dies wurde uns auch zugesichert.

Top 3 Bericht aus der Agrarpolitik AMK, GAP

Bericht Anton Dippold: 40 Themen gab es auf der AMK, positiv für uns: Landwirtschaft soll bei der Digitalisierung künftig berücksichtigt werden, als kostenfreies Angebot.

Milchpolitik: Die Politik ist nach wie vor nicht zufrieden, wie Marktpartner Angebot und Nachfrage derzeit am Markt regeln (siehe auch Hinweis des Bundeskartellamts zur Vertragsgestaltung). Milcherzeuger sind das schwächste Glied und abhängig von den Molkereien. Es gilt außerdem, sich vorzubereiten, wenn die nächste Milchpreis-Krise kommt. Als Ultima Ratio müsse auch die Milchmenge gegebenenfalls in Europa reduziert werden können, als Kriseninstrument. 70 % der bayerischen Milch wird auch über Genossenschaften vermarktet, auch hier ließe sich über das Marktordnungsgesetz Art. 148 regulierend eingreifen (Mengen, Laufzeiten, Preise), v.a. bei niedrigpreisigen Produkten, die sich nur schwer am Markt absetzen lassen. Man könne nicht erwarten, dass es immer Liquiditäts-Hilfsprogramme geben wird.

GAP: Die Länder konnten sich nicht über eine Agrarstrukturkomponente (Umverteilungsprämie, Grünlandzuschlag) verständigen, die Brunner angesprochen hatte. Ein Bundesland hatte da maßgeblich Widerstand geleistet. Diskussionen einiger Bundesländer über den Abbau der 1. Säule sind extrem schädlich. Bayern wird an der bisherigen Grundstruktur der GAP festhalten. Regionale Spielräume sollten ausgebaut werden, Familienbetriebe sind zu stärken.

Bürokratieabbau: Man ist an dem Thema dran, vor Euphorie ist aber zu warnen. Auch Bayern hat ja den Bürokratiefilter. 1500 Vorschläge wurden bei der EU-Kommission gesammelt. Es bleibt kompliziert auch in der 2. Säule, alle Programme müssen ganz genau vorab und im Nachhinein bewertet werden. Man sollte hier nicht ständig neue Programme fordern.

Bayerische Strategie ist es, diese aktuelle Agrarreform mit ihren Beschlüssen bis Ende der Laufzeit beizubehalten. Es wird keine Änderungen in der laufenden Periode bis 2020 geben. Landwirte brauchen Stabilität und Liquidität. Auch Bayern ist für eine Beibehaltung einer starken 1. Säule zur

Stabilisierung der bäuerlichen Familienbetriebe, diese Gelder würden wieder reinvestiert und sind über das Greening auch an Bedingungen gebunden.

Diskussion:

Zeller: 1. Säule ist unbedingt zu belassen, auch wenn aus Sicht der Bergbauern 2. Säule-Gelder attraktiv sein mögen. Zum Milchmarkt: es nutzt nichts, die eigenen Märkte über Mengenbegrenzungen zu regulieren, solange es ein Europa ohne Außengrenzen gibt. Zeller spricht sich für freien Handel aus, Entwicklungen auf internationalen Märkten hat man aber schlecht in der Hand.

Dippold: Russland hat sehr große Produktionspotenziale und sich mittlerweile seine eigenen Kapazitäten aufgebaut. Um die Auswirkungen von Milchpreisschwankungen abzufedern, gab es bereits einige Bemühungen, bisher aber fehlt ein Konzept. Über neue Strategien wird nachgedacht: Kontrakte an Warenterminbörsen, Mengenreduktion über Spontaninterventionen, Erlösversicherungen, Liquiditätshilfe-Programm usw. Speziell Bayern muss sich darum bemühen, Milchprodukte höherpreisig verkaufen zu können, billig produzieren können andere besser.

Zeller: Mengenreduktionsprogramme alleine werden erfolglos bleiben. Warenterminbörsen sind eher was für große Betriebe. Innovative Produkte können Absatz verbessern, diese wurden bisher hauptsächlich durch die private Molkereiwirtschaft geschaffen.

Leopold Herz: Landwirtschaft ist schwächstes Glied in der Kette. Versuche, über das Kartellamt etwas zu erreichen, haben bisher nicht gefruchtet. Wir haben in Deutschland niedrige Lebensmittelpreise, diese Entwicklung ist verheerend.

Anton Kreitmayer: Bergbauern sollten sich nicht in der Milchpreis Diskussion verzetteln. Bergbauern haben ihre eigenen Herausforderungen, z.B. mangelnde Mechanisierbarkeit und schlechte Strukturen, zunehmende EU-Kontrollen, Absatz regionaler Produkte u.a.

Mair: wir können auch sehr zufrieden sein, über das was wir bereits erreicht haben: Förderungen zur Umstellung auf Laufstall, Unterstützung der Weidewirtschaft usw. „Ich bitte um Bereitstellung der nötigen Gelder, jetzt auch beim Bergbauernprogramm, zu Beginn der Almsaison jetzt läuft unseren Almbauern die Zeit davon!“

Dippold unterstreicht Notwendigkeit von Umbau und Neubau zur Ablösung der Anbindehaltung, der Handel fordert es, sonst werden die Betriebe in Zukunft abgehängt. Hierfür braucht es zusätzliche Mittel, abgestuft insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe, sie wurden im Nachtragshaushalt beantragt, Bedarf ist riesig.

Bergbauernprogramm, aktueller Stand:

Wolfgang Wintzer: Richtlinie ist Ende 2016 ausgelaufen, der Teil A sollte aus der De-Minimis-Begrenzung herausgenommen werden und wurde daher der EU-Kommission zur Modifizierung vorgelegt. Die EU-Kommission hatte Mitte März reagiert, allerdings mit Fragen. Sie haben Probleme mit den hohen Fördersätzen bei der Wald-Weidetrennung. Wir argumentieren: es sind ja keine rein investiven Maßnahmen, sondern v.a. dienen dem Umweltschutz, dafür müsste es 100 % Fördersatz geben. Eine Absenkung des Zuschusses auf 60 % würde unter Umständen schneller genehmigt.

EU-Kommission hat außerdem durchsickern lassen, sie habe Probleme mit der Pauschalförderung für das Schwenden. Eine Berechnung nach tatsächlichem Aufwand wäre der Kommission lieber. Unter Umständen kommt dieses Thema in der nächsten Fragerunde auf die Tagesordnung, wenn der Weg weiter verfolgt wird, das Schwendprogramm aus De-Minimis herauszubringen. Wintzer stellt die Frage, ob man alternativ nicht bei der De-Minimis Begrenzung bleiben sollte.

Michael Hinterstoißer: Die De-Minimis Bescheinigungen sind ein Problem hauptsächlich für die Verwaltung. Derzeit hat die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn im Bergbauernprogramm Teil B höchste Priorität.

Wintzer: Um dies zu erreichen, wird jetzt beim Finanzministerium um Genehmigung für den Teil B ersucht. Parallel wird bei der EU-Kommission die Notifizierung für den Teil A beantragt.

Franz Hage: Die Firmen müssen jetzt Bescheid wissen, sonst springen sie ab. Honisch bestätigt: dies war ist bereits der Fall bei der schwierigen Gerealpe.

Josef Glatz: wir sollten den Weg weitergehen, das Schwendprogramm aus De-Minimis herauszubringen, es sei denn, es gelänge die Anhebung auf 30.000 €.

Dippold: Anhebung der De-Minimis Grenze von 30.000 € bewertet die Kommission als Kontrollverlust, Kommission will sie (bisher) nicht ändern. Es bedarf also eines breiten Versuchs, über verschiedene Kanäle, um hier noch etwas zu bewirken.

Wintzer: es besteht Konsens, Teil A ohne De-Minimis bei EU-KOM notifizieren zu lassen und für den Teil B im Finanzministerium die Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu erlangen. Anruf im Finanzministerium nächste Woche.

Top 4 Abgrenzung der Berggebiete

Zeller: Die ARGE wurde frühzeitig in den Prozess der Neuabgrenzung eingebunden. Danke für die Bemühungen an das STMELF.

Dippold: Wir stehen zurzeit in Vor- Konsultationen mit der EU-Kommission, auch bezüglich Berggebietskulisse, derzeit keine Widerstände. Zur Zeit läuft Feinabgrenzung, später folgt endgültiger Antrag.

Herz meinte sich zu erinnern, beim Landwirtschaftsausschuss war ein Antrag der CSU-Fraktion, die benachteiligten Gebiete auszuweiten und meint, es wäre wichtiger, die Zahlungen in den bestehenden Gebieten erst zu sichern. Dippold widerspricht, es ging bei diesem Antrag darum, „die Gebietskulisse für benachteiligte Gebiete zu sichern“. Stefan Kloos stellt klar, es ging bei diesem Antrag auch darum zu prüfen, ob bei der Abgrenzung der bayerischen Berggebiete neue Gebiete in Mittelgebirgslagen in diese Kategorie aufgenommen werden können. Allerdings dürften dann die Mittel für die bisherigen Berggebiete nicht weniger werden!“

Zeller: Zielsetzung ist Erhalt der Ausgleichszahlungen für die Berggebiete. Hier könnte man, analog zur Flächenprämie, die unteren Hektare besser fördern. Borst: Betrachtung der Ausgleichzulage insgesamt ist komplex, sensibler Umgang damit ist erforderlich, Möglichkeit der Gebietsausweitung

besteht grundsätzlich nicht; Frage der Genossenschaften steht auch im Raum, weil kleinere Betriebe die Basis bilden. Die Diskussion wird nach 2020 an Intensität noch zunehmen.

Top 5 Genossenschaften, Förderung österreichischer Flächen, Anhebung De-Minimis

5.1 Genossenschaften:

Stefan Kloo: Die Degression der Genossenschaften entspricht nicht dem Geist der ELER-Verordnung, Kleinstrukturen ausreichend zu berücksichtigen. Bayern müsse hier nachjustieren. Außerdem fordern die alm-und alpwirtschaftlichen Verbände eine Lösung zu einer adäquaten Förderung von Flächen deutsche Landwirte in Österreich, auch wenn zurzeit alles auf null gesetzt zu sein scheint. Bundesminister Schmidt ist gefordert, es ist ja nicht fehlendes Geld, es sind kleine Beträge, es sind lediglich bürokratische Hemmnisse, und es gibt keinen triftigen Grund, warum man das Betriebssitzprinzip aufgegeben hat zu Gunsten des Territorialprinzips. „Dies können wir nicht akzeptieren“. Kloo stellt den **Antrag**, die Arbeitsgemeinschaft möge noch einmal aktiv werden und an den Bundeslandwirtschaftsminister herantreten.

Zeller verweist auf den bevorstehenden Termin mit dem Bundeslandwirtschaftsminister. Auch die Degression der Genossenschaften wird zur Sprache kommen.

Dippold zeigt vorgesehene Lösung des STMELF für Genossenschaften auf: Weiterhin würde der verantwortliche (Alpmeister) einer Gemeinschaftsalm/Genossenschaft den Antrag stellen. Parallel dazu müsse eine Liste der tatsächlichen Auftreiber/aktive Landwirte mitgegeben werden, mit zugehörigen Hektar-Zahlen und Anzahl der aufgetriebenen Tiere. Die Summe der Hektar-Zahlen muss die Gesamt-Fläche der Alpe ergeben. Anhand einer exemplarischen Gemeinschaftsalm soll der Kommission eine Lösung vorgeschlagen werden, die für alle Gemeinschaftsalmen/Genossenschaften in Bayern tragbar ist. „Am 18. Mai kommt uns die Kommission besuchen“.

Glatz würde sich zur Verfügung stellen, vor Ort in Garmisch-Patenkirchen dieses Problem der Kommission vorzustellen.

Zeller: in Frankreich funktioniert dieses System, deswegen müsse auch bei uns funktionieren.

Glatz: Die Beschläger werden bei uns nach GV ausbezahlt, nicht nach Hektar. Nur tatsächliche Auftreiber bekommen Geld.

Dippold: Es muss in jedem Fall eine Umlage auf die Fläche geschehen, es sollen nicht verschiedene Vorschläge präsentiert werden. „Keine X verschiedene Varianten“.

Angelika Schorer: wir haben Rechtler-Gemeinschaften, der Grundbesitz ist ungeteilt, es gibt nur Weiderechte.

Dippold: die Degression soll jetzt auf der Ebene des einzelnen Mitglieds erst greifen.

Honisch: es gibt verschiedene Genossenschaftstypen und auch noch Gemeinschaftsalmen. Rückführung auf ein konkretes Hektar ist bei geschriebenen Weiderechten eher schwierig, Auftreiber können auch Fremdbeschläger sein. AGZ sollte weiterhin an Alpe als Bewirtschafter ausbezahlt werden.

Kreitmayer: wir müssen schauen, dass wir das Geld her bringen, wie wir es verteilen, ist dann das interne Problem der Genossenschaft.

Dippold: das Problem besteht in der Zumessung zum einzelnen aktiven Landwirt. Die Franzosen haben ebenfalls eine Liste, mit Name, Hektar und Vieh. „Wir brauchen echte Bauern mit echter Hektar-Aufteilung“.

Zeller: Unsere Lösung müsste sein, über den Viehauftrieb auf eine Hektarzahl zu kommen.

Dippold: Es braucht zum 18. Mai eine Ausnahmegenehmigung zur bestehenden ELER-Verordnung. Diese muss gut begründet werden und Hieb und stichfest sein.

Glatz: Werden die Hektare dann auch auf dem Privatbetriebe umgelegt? Dies hat auch steuerliche Bedeutung.

Dippold: nein, es wird auch nur einen Mehrfachantrag geben pro Genossenschaft. Die Ausgleichszulage wird weiterhin der Alpe ausbezahlt.

Mair: bei 8 Auftreibern würde es also reichen, wenn man zur Erstellung dieser dem Mehrfachantrag beizufügende Liste die Gesamtfläche einfach durch 8 teilt.

Hage: Auch nicht aktive Beschläger wollen etwas von dem Geld, dies könne man vielleicht intern aufteilen. Müller: Nicht aktive Beschläger können durch eine Art Pacht entlohnt werden. Glatz: Nicht-Beschläger dürfen die Pacht nicht aus dem Topf der Ausgleichzulage bekommen. Borst: Wir reden hier nur von der Ausgleichszulage. Wenn Sie sagen, die Zuordnung auf Hektar geht aus zum Beispiel traditionellen Gründen nicht, dann bleibt die Situation.

Kloo und Schorer bekräftigen Dippolds Forderung, ein schlüssiges System zu präsentieren.

Beschluss: Wintzer: vor Ostern werden wir einen Termin im kleineren Kreise anberaumen, um eine Lösung zu erarbeiten. Zeller: zu diesem Termin sollte man einige Zahlen mit dabei haben.

5.2 De-Minimis Anhebung:

Zeller: Deutschland, Frankreich und Polen hatten in 2016 eine Anhebung auf 30.000 € in Brüssel versucht, sind damit vor der EU-Kommission nicht durchgekommen.

Mair: Die Anhebung der De-Minimis-Grenze war nicht unsere Wunschkonstellation. Aber es wurde uns dargelegt, dass dieser Weg möglich sei, um überhaupt eine Lösung für Landwirte mit Flächen in Österreich zu erzielen.

Dippold: die Anhebung von De-Minimis ist nicht gestorben. Man müsse auf allen Schienen probieren, die Grenze anzuheben. Hierzu brauchen wir Kommission und EU-Parlament. Hogan wies auch darauf hin, dass eine Aufhebung des Territorialprinzips in Bezug auf die Direktzahlungen auch weitergehende Konsequenzen hätte für andere bayerische Unternehmer, die im Ausland Flächen bewirtschaften. Die De-Minimis Anhebung kann München allein nicht machen.

Zeller: die Frage wird uns noch weiter beschäftigen und wird dem Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt am 5. Mai 2017 vorgetragen

Top 6 Umweltpolitik

6.1 EUSALP

Dippold berichtet von der EUSALP-Konferenz, einer makronationalen Strategie auf europäischer Ebene für den alpinen Raum. 50 Teilregionen suchen nach gemeinsamen Strategien, 6 Alpenstaaten tragen das Konzept. Es gibt keine neuen Rechtsvorschriften, keine neuen Behörden, kein neues Geld. Bayern hat hier derzeit den Vorsitz. Es gibt einen Aktionsplan mit 3 Säulen und eine Reihe von Arbeitsgruppen, in denen auch das Landwirtschaftsministerium vertreten ist: Bio-Ökonomie, Bildung, Ressourcenschutz, Ökologische Konnektivität, Schutz vor Naturgefahren. Insbesondere müsse man versuchen, junge Leute wieder besser in den politischen Prozess einzubinden, meint Dippold. Im November findet eine große Konferenz mit dem Ministerpräsidenten statt. Wir versuchen, landwirtschaftlichen Interessen ausreichend zu vertreten.

Wichtiger, so Dippold, sei die bayerische Alpenstrategie der Mehrheitsfraktion, zwei Projekte wurden schon begonnen: Projekt „Alpenmodellregion“ (schon ausgeschrieben) und Projekt „Tourismus-Vernetzung“, hierzu gute Beispiele im Allgäu.

Zeller: Es ist wichtig, in solchen Gremien präsent zu sein. Schorer pflichtet bei, es ist wichtig im Vorfeld mit dabei zu sein, auch wenn es mühsam ist.

Zeller: Beim Gespräch mit Umweltministerin Ulrike Scharf zur Kompensationsverordnung habe ich angeregt, bei Umstellung vom Anbindestall auf Laufstall die Leistung für den Tierschutz als Kompensationsmaßnahme für den Naturschutz anzuerkennen. Wer etwas für den Tierschutz tut, dem darf man nicht auf anderem Gebiet „auf den Deckel hauen“. Da wundert man sich, weshalb die Bevölkerung zur Politik kein Vertrauen mehr hat. Ähnliches Problem bei der Düngeverordnung: auch hier wurden keine einfachen Lösungen angestrebt. Die Bauern sind frustriert, ihnen werden immer mehr Vorschriften gemacht, verlieren die Kontrolle über ihr Eigentum und kämpfen mit Bürokratie. Zeller hat Sorge vor diesen Entwicklungen.

Herr Borst stellt die beiden Kollegen des BBV vor: Herr Buchner beschäftigt sich mit dem Wolf und Herr Schalk macht Forst und Jagd, speziell auch mit dem Thema Nationalpark beschäftigt.

6.2 Nationalpark

Schorer: Bund Naturschutz ist nach wie vor sehr aktiv für einen Nationalpark Ammergebirge, da muss man vorsichtig sein. Mit der Gründung eines Vereins „Unser Ammergebirge“ setzen wir ein Zeichen dagegen.

Borst: Es ist wichtig, dass Eigentümer und Bewirtschafter ihre Probleme deutlich kommunizieren. Vorrangig im Gespräch sind die Gebiete Spessart, Rhön. Mittlerweile auch Donau-Auen, bei Ingolstadt, viel Bevölkerungszuwachs dort. Vielleicht ist ein dritter Nationalpark der Einstieg in mehrere, bayernweite Solidarität ist gefragt.

Zeller: Die ARGE könnte sagen, „einen dritten Nationalpark wollen wir nicht“. Zumal er ziemlich dubios ins Gespräch gekommen ist, „wie eine ausgedrückte Zahnpasta“. Die Detail-Argumentation dürfte aber schwierig sein.

Herr Schalk: Steigerwald fällt wohl aus, Spessart hat das Problem der Reichtler, bleiben Rhön, Ammergebirge und Donau. Die Aussage steht: nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung. Die Frage ist, welche Rolle spielen die Bergbauern und was würde bei Nutzungsaufgabe passieren?

Hinterstoisser: Die internationale Anerkennung kann erst erfolgen, wenn 75 % der Fläche völlig aus der Nutzung genommen werden. In Berchtesgaden waren Wald-Weidetrennungen erforderlich. Dies ist uns in der Ramsau gelungen, so wurden die 75 % gerade erreicht. Entscheidend ist die Landwirtschaftsklausel der Nationalparkverordnung, wonach die herkömmliche Ausübung der Weide noch erlaubt ist, aber alle anderen Eingriffe sind extrem schwierig, zum Beispiel Wegebau.

Herz: Wir wollten die Nationalpark Diskussion beenden. Die Bevölkerung vor Ort ist dagegen.

Hinterstoisser: die Brennholzrechte im Nationalpark sind gefährdet, weil nichts mehr genutzt werden darf. Sturmschäden dürfen nicht aufgeräumt werden, trotz Käfergefahr und Unfallgefahren. Hierzu hatte es Gerichtsverfahren gegeben, der Bauer hat verloren. Zum Ammergebirge: Jeder will mit dem Nationalpark auch Tourismus Werbung machen. Fast alle Flächen des Freistaats Bayern haben auch Weiderechte, Licht oder Waldweide, fraglich, ob die 75 % im Ammerwald erreicht werden können.

Zeller: 75 % Stilllegung brächte erhebliche Einschnitte für die Forst- und Landwirtschaft.

Schorer: zur Vereinsatzung: wir haben schon viel Schutzstatus im Ammergebirge, und wir wollen die Nutzung beibehalten. Schorer wünscht sich Unterstützung durch Almbauern. Tourismus: wir haben 1,6 Millionen Besucher allein schon an Schloss Neuschwanstein. Das Tourismus-Argument greift bei uns nicht.

Kloo: Ziel des Nationalparks ist Wildnis innerhalb der Kernzone. Dies verträgt sich nicht mit Zunahme der touristischen Nutzung. Wir werden jetzt schon überflutet vom Tourismus, Tourenski-Geher u.a. Wir brauchen nicht mehr vom Tourismus! Selbst nachts hat das Weidevieh keine Ruhe mehr. Land- und Forstwirtschaft sind hingegen die Verlierer im Nationalpark, auch wenn viel schön geredet wird. Auch Naturschutzverbände favorisieren Nationalpark im Mittelgebirge, einen Alpennationalpark haben wir schon.

Glatz: Nur eine kleine Fläche im Ammergebirge hat keine Weiderechte; eine Kernzone zu schaffen ist unmöglich. Vier Almen der Weidegenossenschaft Garmisch liegen zu 100 % in dem Gebiet, die müssten komplett aus der Nutzung genommen werden. Zum Verein: es fehlt in der Satzung ein Satz explizit gegen den Nationalpark. Zudem steht darin, man sei „für die Weiterentwicklung des Naturschutzgebietes“. Dem konnten wir als Verein (AVO Ausschuss) nicht zustimmen.

Herz unterstreicht, es braucht nicht mehr Tourismus. Wir haben schon zwei Nationalparke in Bayern, mehr brauchen wir nicht.

Glatz: Das Umweltbüro Klagenfurt hat diese Haltung bestätigt. Auch naturschutzfachlich braucht es keinen dritten Nationalpark, zudem liegen entsprechende Beschlüsse der Regierung vor.

Beschluss:

Zeller: ich und Herr Mair werden einen klaren und sachlichen Brief an Herrn Seehofer schreiben, in dem dargelegt wird warum wir aus Gründen des Eigentumsrechtes Nationalparke grundsätzlich ablehnen und im speziellen auch gegen den Nationalpark im Ammergebirge sind aufgrund der vorhin dargelegten Argumente.

Auch werden wir sagen, dass man Naturschutz nicht gegen Tierschutz ausspielen soll.

6.3 Wölfe in Bayern

Zeller: Die Berichte zum Thema Wolf, dankenswerterweise von Herrn Kloo und von Herrn Honisch geschrieben, werden wir weiter geben.

Kloo: berichtet von einer Veranstaltung in Augsburg des bayrischen Landesamts für Umwelt. Der stellvertretende Umweltminister aus Spanien, Herr Garcon, berichtete über die Transhumanz, die man dort wiederzubeleben versucht, ein großes Plädoyer für die Weidewirtschaft. Mit Schutzhunden dort (Mastinos, ca. 70-80 kg) funktioniert es relativ gut. Sogar Pferde mit Fohlen werden aufgetrieben, als Wolfsfutter sozusagen. Schwierig aber wird es für Kleinbetriebe, die einen entsprechenden Herdenschutz nicht realisieren können. Es werden zwar Wölfe hin und wieder geschossen, dies bringt aber in den klassischen Wolfsgebieten nicht mehr viel, der Druck ist viel zu groß. Es dauert kurze Zeit, dann ist die Population wieder so groß wie am Anfang. Dies bestätigen auch Erfahrungen aus Amerika. Esel als Wolfsschutz haben sich nicht bewährt, sie würden sofort abhauen. Die Diskussion bei uns ist vermessen, wer sagt, wir müssen lernen, mit den Wölfen zu leben, der muss mal dahin schauen, wo es die Wölfe schon länger gibt. Aber wir Deutschen fangen wieder am Nullpunkt an und wollen das Rad wieder neu erfinden. Trotz politischer Unterstützung, es fehlt nun noch die aktive Umsetzung. Jetzt muss endlich etwas passieren.

Zeller: wir müssen aufpassen, die Mehrheiten nicht zu verprellen, schon jetzt gibt es anonyme E-Mails im Nachgang der letzten Mitgliederversammlung des AVA, wo es keineswegs nur um den Wolf ging. Wir werden das Thema auch mit Bundesminister Christian Schmidt besprechen, der sich dankenswerterweise zum Abschuss von Wölfen öffentlich bekannt hatte.

Schorer: die Agrarsprecher der CDU/CSU Länder haben schon vor 2,5 Jahren einen entsprechenden Entschluss gegen den Wolf gefasst, jetzt wurde der Antrag vom Umweltausschuss beschlossen, auch wenn das Umweltministerium eine andere Sichtweise hat.

Honisch zitiert Herrn Köpl, STMELF: die Ministerien sprechen zurzeit auf Arbeitsebene über eine Weiterentwicklung von Managementplan III. Beim Umweltministerium scheint es etwas mehr Bewegung zu geben. Eine Arbeitssitzung wird vermutlich bald anberaunt.

Zeller: Riedberger Horn, Lift-Verbindung: jedes Wochenende gehen tausende als Tourenger auf den Gipfel, man sollte ein totales Betretungsverbot verhängen. Wölfe in Niedersachsen: ein verletzter Wolf dort darf nicht geschossen werden, sondern muss in die Tierklinik transportiert werden. Die Diskussion wird verrückt in diesem Land.

Glatz: Klimawandel, Vegetation beginnt früher, Problem Hegezeit. Die Leute gehen nach einem festen Datum über die Wiesen, aber das Wachstum beginnt schon früher. Das Eigentum wird immer weniger geachtet.

Top 7 Fahrt nach Straßburg

Zeller: Fahrt nach Brüssel: es ist schwierig, mit Agrarkommissar Phil Hogan einen Termin zu bekommen. Schneller geht es, einen Termin mit höheren Beamten aus dem Agrarkommissariat zu bekommen. Dies wird, über Markus Ferber vermittelt, derzeit versucht. Wir können vielleicht in diesem Frühjahr noch hinfahren.

Mair regt an, primär die Themen De-Minimis Agrar (Ausgleichzulage) und Territorialprinzip (Direktzahlungen der ersten Säule) anzusprechen. Die Frage ist, an wen kompetentes kann man sich wenden?

Top 8 Einladung Bundesminister Christian Schmidt

Präsident Alfons Zeller berichtet von dem bevorstehenden Bergbauern-Gipfel mit Bundesminister Christian Schmidt am 5. Mai über 2,5 Stunden. Vorgesehen ist der Besuch einer Sennalpe. Eine umfangreiche Liste von Gesprächsthemen ist vorgesehen: Erhalt der EU-Direktzahlungen nach 2020, Besserstellung für bäuerliche Betriebe insbesondere für kleinere Betriebe, Erhalt des Dauergrünlandes über Raufutterfresserprämie, Förderung auf Flächen in Österreich (ein altes ungelöstes Problem), Auswirkungen der Düngeverordnung im Berggebiet, NEC-Richtlinie, weniger Bürokratie in der zweiten Säule, Anhebung der De-Minimis Grenze, Thematik Wolf.

Borst regt an, mit Minister Schmidt auch folgende Punkte zu besprechen:

- Tierhaltung: Tierkennzeichnung und Tiermeldung sollte komplett aus Cross-Compliance raus gebracht werden. Damit es nicht zu marginalen Fehlermeldungen kommt.
- Thema TA-Luft, die zurzeit novelliert wird, was vom Umweltministerium auf Arbeitsebene mit dem Landwirtschaftsministerium passiert, ohne dass Parlamente eingebunden wären. Dies könnte zu massiven baurechtlichen Verschärfungen führen.
- Umwandlung von Dauergrünland mitunter ist Umwandlung zu Acker in Talbetrieben notwendig. Die Fünf-Jahres-Definition sollte besser geregelt werden, um den Betrieben (gerade im Alpenraum, wo ackerfähige Standorte knapp sind) mehr Flexibilität zu gewähren. So müssen Betriebe alle fünf Jahre umbrechen, um den Ackerstatus nicht zu verlieren.
- Viertens: auch das Thema Anbindehaltung ist noch nicht durchgestanden.

Zeller dankt Borst für die Vorschläge, lädt ihn ein, mitzukommen und wird die Themen nachmelden.

Immenstadt, 10.04.2017

Für das Protokoll

Dr. Michel Honisch
Geschäftsführer

Alfons Zeller
Präsident